

## Motion 3262 Transparente Politik-Finanzierung

### 1. Begehren der Motion

Erlass eines Reglements:

- a) Offenlegungspflicht für **alle finanziellen** Beiträge und **alle geldwerten** Leistungen an politische Parteien, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- b) Für die pro Abstimmung/Wahl und pro Jahr summierten finanziellen Zuwendungen von juristischen Personen sowie von natürlichen Personen **werden Schwellen formuliert**, ab welchen die Offenlegungspflicht gilt.
- c) Die Annahme von **anonymen Spenden ist verboten**.
- d) **Zeitraum und Frist für die Offenlegungspflicht** vor dem jeweiligen Urnengang.
- e) Zweckmässige und möglichst unbürokratische Regelungen zur **Überprüfung** der Offenlegungspflicht.
- f) Regelung zur **Sanktionierung** von Verletzungen der Offenlegungspflicht.

### 2. Rechtmässigkeit eines Reglements zur Offenlegung der Politik Finanzierung

Mit Schreiben vom 14. Januar 2021 informiert die Landekanzlei, Politische Rechte, wie folgt:

Wahl- und Abstimmungskämpfe stehen immer in direktem Zusammenhang mit einer anstehenden Wahl oder Abstimmung, was auch für die diesbezügliche Finanzierung gilt. Eine Transparenz-Regelung für Kampagnen im Vorfeld von Wahlen und Abstimmungen an der Urne fällt somit in den Geltungsbereich von § 1 Abs. 1 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte (GpR).

§ 1 Abs. 1 GpR gilt abschliessend und lässt den Gemeinden keinen Spielraum für eine «Transparenz-Regelung» für Wahlen und Abstimmungen an der Urne. Eine solche Möglichkeit müsste explizit im GpR vorgesehen sein.

**Somit ist fast ausgeschlossen, dass ein entsprechendes kommunales Reglement vom Kanton genehmigt wird. Die Motion ist nicht umsetzbar.**

### 3. Transparenzinitiative auf Bundesebene

Die Volksinitiative "Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung" verlangt, dass der Bund Vorschriften zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Bundesebene erlässt.

- Parteien und Komitees müssen ihre **Finanzen transparent machen**.
- Sie sollen gegenüber der Bundeskanzlei ihre Rechnungen und die Herkunft **aller Spenden über 10'000 Schweizer Franken** deklarieren.
- Auch Personen und Komitees, die in einer Kampagne **mehr als 100'000 Franken einsetzen**, müssen dies ausweisen.
- Die Zahlen sollen vor Abstimmungs- oder Wahlterminen publiziert werden.
- Anonyme Spenden sollen ganz verboten werden.

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative ab, weil eine nationale Regelung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar ist. National- und Ständerat haben einen Gegenvorschlag beraten.

Ständerat - Gegenvorschlag:

- Die im Parlament vertretenen politischen Parteien müssen einmal im Jahr ihre **Einnahmen sowie Zuwendungen** im Wert von **mehr als 25'000 Franken** pro Person und Jahr offenlegen.
- Eine **Offenlegungspflicht** soll auch für natürliche und juristische Personen gelten, die eine **Wahl- oder Abstimmungskampagne** führen. Wer mehr als **250'000 Franken** spendet, muss dies deklarieren.
- **Anonyme Spenden** und Spenden aus dem Ausland sollen **verboden** werden.
- Eine vom Bundesrat bezeichnete Behörde soll die Angaben prüfen und publizieren.
- Wer gegen Melde- und Offenlegungspflichten verstösst, wird mit **40'000 Franken gebüsst**.

Der Nationalrat hat den indirekten Gegenvorschlag abgelehnt. In der Frühjahrssession 2021 erfolgte eine zweite Beratung in beiden Räten.

#### 4. Kantonale Regelung BL

Die "Transparenz-Initiative - Stoppt die undurchsichtige Politik" fordert, dass politische Parteien und sonstige politische Gruppierungen, Initiativ- und Referendumskomitees, und sonstige Organisationen, die sich an Abstimmungen und Wahlen beteiligen, die in die Kompetenz von Kanton und Gemeinden fallen, ihre Finanzen offen legen: juristische Personen ab Zuwendungen von CHF 1'000 pro Kalenderjahr, natürliche Personen ab Zuwendungen von CHF 5'000 pro Kalenderjahr. Der Regierungsrat lehnte die Transparenzinitiative wegen hohem Verwaltungsaufwand bei der Umsetzung ab und empfahl, zuerst allfällige Bundesbestimmungen abzuwarten.

Die Initiative wurde am 9. Juni 2013 vom Stimmvolk mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 56.8% abgelehnt.

#### 5. Weiteres Vorgehen

Der Einwohnerrat entscheidet, ob die Motion für erheblich erklärt wird.

Erheblich erklärte Motionen sind für den Gemeinderat verbindlich. Der Gemeinderat ist in diesem Fall verpflichtet, innert nützlicher Frist eine entsprechende schriftliche Vorlage zu unterbreiten.

Hier ist aber zu beachten, dass ein entsprechendes Reglement nicht genehmigt werden kann und somit eine Regelung geschaffen wird, welche nicht angewendet werden kann.

Beilage: Schreiben der Landeskanzlei, Politische Rechte vom 14. Januar 2021

hec, 12/15.1.2021